Tischvorlage für die Sitzung des Senats am 25.08.2020

„Änderung des § 23 Absatz 1 Dreizehnte Verordnung zum Schutz vor Neuinfektionen mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 (Dreizehnte Coronaverordnung) – Einführung eines Bußgeldtatbestandes bei Verstößen gegen die Pflicht zur Bedeckung von Mund und Nase“

A. Problem

Ein Verstoß gegen die Pflicht gemäß § 3 Absatz 1 Dreizehnte Verordnung zum Schutz vor Neuinfektionen mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 (Dreizehnte Coronaverordnung) vom 5. August 2020, bei der Nutzung von Verkehrsmitteln des Öffentlichen Personenverkehrs, den hierzu gehörenden Einrichtungen und bei dem Besuch einer Verkaufsstätte in geschlossenen Räumen eine Mund-Nasen-Bedeckung zu tragen, stellt derzeit keine Ordnungswidrigkeit nach § 23 Dreizehnte Coronaverordnung dar. Deshalb können bisher nur Bußgelder erhoben werden, wenn sich Fahrgäste und Besucher*innen einer Verkaufsstätte trotz Aufforderung durch die Ordnungsbehörden weigern, Mund und Nase zu bedecken.

Angesichts steigender Infektionszahlen in der weiterhin andauernden Corona-Pandemie, verbunden mit der sinkenden Akzeptanz der Bevölkerung, die Mund-Nase-Bedeckungspflicht einzuhalten, ist hier eine Nachbesserung erforderlich.

Mitarbeiter*innen der BSAG und des Ordnungsdienstes führen seit mehreren Wochen gemeinsame Kontrollen in den Verkehrsmitteln der BSAG durch. Die Auswertung der Kontrollen hat ergeben, dass zwar die große Mehrheit aller Fahrgäste mit dem Betreten von Bus oder Bahn eine Maske trägt. Gerade in den Nachmittags- und Abendstunden kommt es aber vermehrt zu Verstößen gegen die Mund-Nase-Bedeckungspflicht.

Um der Bedeutung dieser Maßnahme Rechnung zu tragen, sollten Verstöße als Ordnungswidrigkeit qualifiziert und so auf die sinkende Akzeptanz in der Bevölkerung, die steigenden Infektionszahlen und die sich dennoch ausbreitende Sorglosigkeit reagiert werden.

Auch in vielen anderen Bundesländern werden Verstöße gegen die Mund-Nasen-Bedeckungspflicht bereits mit Bußgeldern geahndet:

Bundesland	Bußgeld
Baden-Württemberg	25 – 250 Euro
Bayern	150 Euro
Berlin	50 – 500 Euro
Brandenburg	Kein Bußgeld
Hamburg	Kein Bußgeld
Hessen	50 – 200 Euro
Mecklenburg-Vorpommern	25 Euro; zukünftig 150 Euro
Niedersachsen	20 Euro; zukünftig 100-150 Euro
Nordrhein-Westfalen	150 Euro
Rheinland-Pfalz	Bußgeld ja, aber keine Erlasslage zur Höhe
Saarland	Bisher Bußgeld nur für Betreiber/Verantwortlichen einer Einrichtung (bis 500 Euro); Diskussion läuft
Sachsen	Kein Bußgeld
Sachsen-Anhalt	Kein Bußgeld
Schleswig-Holstein	Nach mehrfacher erfolgloser Aufforderung (150 Euro)
Thüringen	60 Euro

Stand: 13.08.2020

Angesichts des bundesweiten Vergleich erscheint in der Regel ein Bußgeld in Höhe von 50 Euro für einen vorsätzlich begangenen Erstverstoß angemessen.

Gegen Personen, die gemäß § 3 Absatz 3 zum Tragen der Mund-Nasen-Bedeckung nicht verpflichtet sind, z.B. wegen einer gesundheitlichen Beeinträchtigung, kann kein Bußgeld verhängt werden.

B. Lösung

Die Dreizehnte Coronaverordnung wird wie folgt geändert:

In § 23 Absatz 1 wird nach der Nummer 2 die folgende Nummer 2a eingefügt:

„2a. wer entgegen § 3 Absatz 1 keine Mund-Nasen-Bedeckung trägt, ohne dass eine Ausnahme nach Absatz 3 vorliegt,“

Der Erlass der Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz über die Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach dem Infektionsschutzgesetz im Zusammenhang mit der Verordnung zum Schutz vor Neuinfektionen mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 vom 23. Juli 2020 wird wie folgt geändert:

1. In Ziffer I wird nach der laufenden Nummer 4 folgende Nummer 4a eingefügt:

4a	§ 3 Absatz 1	Pflicht, eine Mund-Nasen-Bedeckung zu tragen, ohne dass eine Ausnahme nach Absatz 3 vorliegt	Jeder Nutzende/Besuchende	50
----	-----------------	--	---------------------------	----

2. In Ziffer II werden die Wörter „- § 3 (Verstoß gegen die Pflicht, eine Mund-Nasen-Bedeckung zu tragen)“ gestrichen.

C. Alternativen

Werden nicht empfohlen.

D. Finanzielle / Personalwirtschaftliche Auswirkungen / Genderprüfung

Durch die Einführung der Möglichkeit, Verstöße gegen die Pflicht zur Bedeckung von Mund und Nase mittels Bußgeld zu ahnden, sind zusätzliche Einnahmen im Kapitel 3057 Ordnungsamt auf der Haushaltstelle 112 15-7 in nicht bezifferbarer Höhe zu erwarten, die perspektivisch zum haushaltsstelleninternen Ausgleich der coronabedingten Einnahmerückgänge im Bereich der allgemeinen Ordnungswidrigkeiten aufgrund gesunkener Veranstaltungszahlen herangezogen werden sollen.

Gleichstellungspolitische Auswirkungen sind mit der geplanten Änderung der Verordnung nicht verbunden. Männer und Frauen sind in gleicher Weise betroffen.

E. Beteiligung/ Abstimmung

Die Abstimmung der Vorlage mit allen Ressorts ist eingeleitet.

Die Vorlage ist mit dem Magistrat der Stadt Bremerhaven abgestimmt.

F. Öffentlichkeitsarbeit/ Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz

Nach Beschlussfassung zur Veröffentlichung geeignet.

G. Beschlussvorschlag

1. Der Senat stimmt der vom Senator für Inneres vorgelegten Änderung des § 23 Absatz 1 Dreizehnte Verordnung zum Schutz vor Neuinfektionen mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 zu.

2. Der Senat stimmt der vom Senator für Inneres vorgelegten Änderung des Erlasses der Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz über die Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach dem Infektionsschutzgesetz im Zusammenhang mit der Verordnung zum Schutz vor Neuinfektionen mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 vom 23. Juli 2020 zu.

3. Der Senat bittet die Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz, die notwendige Änderung in der Dreizehnten Verordnung zum Schutz vor Neuinfektionen mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 vorzunehmen.

4. Der Senat bittet die Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz, die notwendigen Änderungen in ihrem Erlass über die Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach dem Infektionsschutzgesetz im Zusammenhang mit der Verordnung zum Schutz vor Neuinfektionen mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 vom 23. Juli 2020 vorzunehmen.